

Die CO₂-Blase

Vier Fünftel der weltweiten Kohle-, Öl- und Gasreserven können nicht gefördert werden

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Der Ölpreis ist trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten hoch und die Energiekonzerne schreiben momentan gewaltige Gewinne. Doch was sind ihre Reserven wert? Eine Studie zeigt, dass ein Großteil der Energiereserven niemals gefördert werden darf, falls die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzt werden soll.

Ein wichtiger Grund für die amerikanische Immobilienblase war eine falsche Annahme – dass die Immobilienpreise immer weiter steigen würden. Unter dieser Annahme war es ökonomisch sinnvoll, so genannte Ninja-Hypotheken zu vergeben. Ninja steht für „no income, no job or assets“ – Menschen ohne Einkommen, Arbeit oder Vermögen. Das ging eine Weile gut, hat dann aber beinahe zu einem Zusammenbruch der globalen Wirtschaft geführt.

Eine ähnlich fatale Annahme könnte sich in der Bewertung von Kohle-, Öl- und Gasproduzenten verbergen – dass die ausgewiesenen Rohstoffreserven tatsächlich gefördert und verkauft werden können. Das Problem: Gemäß dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung darf die Menschheit nur noch 565 Milliarden Tonnen des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO₂) emittieren, wenn die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzt werden soll. In den ausgewiesenen Reserven der Energiekonzerne stecken aber Emissionen von 2795 Milliarden Tonnen CO₂. Soll die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzt werden, dürfen also nur 20 Prozent der nachgewiesenen Reserven tatsächlich gefördert und verfeuert werden.

Sollte die Menschheit also doch noch beschließen, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, bedeutet dies, dass 80 Prozent der ausgewiesenen Reserven praktisch wertlos sind. Doch die Kapitalmärkte haben dieses Risiko noch nicht in ihre Preise eingerechnet, wie eine Studie der britischen Umweltorganisation Carbon Tracker Initiative zeigt. Dies bestätigt Nick Robins, der Klimachef der britischen Großbank HSBC. Gemäß den Modellen der Klimawissenschaftler „muss mindestens die Hälfte der fossilen Energiereser-



Indonesische Arbeiter entladen in Jakarta Ölfässer von einem Containerschiff.

FOTO: DPA

ven im Boden bleiben. Aber wir bewerten die Energiekonzerne immer noch so, als ob die ganzen Reserven auch tatsächlich ausgebeutet würden.“

Welchen Anteil die Reserven an der Bewertung der Energiekonzerne haben, hat

derweil eine Episode aus dem Jahr 2004 gezeigt. Der Energiemulti Shell musste damals eingestehen, seine Reserven um 20 Prozent überschätzt zu haben. Daraufhin fiel der Wert von Shell um drei Milliarden Pfund oder zehn Prozent. Rund die Hälfte des Börsenwerts von Shell steckte damals also in den Reserven. Für die internationalen Kapitalmärkte ist dies eine relevante Gefahr, wie Schätzungen der Climate Tracker Initiative zeigen. 20 bis 30 Prozent der gesamten Marktkapitalisierung der Börsen von Sydney, London, Moskau, Toronto und Sao Paolo beruhen auf der Förderung von fossilen Energieträgern.

Außerdem sind Energiekonzerne prominent in den wichtigsten Aktienindizes vertreten. Folglich investieren auch Pensionskassen in die Reserven, die womöglich nie gefördert werden. Hinzu kommt, dass die Energiemultis Milliarden in die Entdeckung und Erschließung neuer Reserven investieren – zusätzliche Reserven, die die CO₂-Blase an den Kapitalmärkten weiter wachsen lassen.

Ähnlich wie bei der Blase am amerikanischen Immobilienmarkt könnte eine falsche Annahme so zu einer gigantischen Fehlallokation von Kapital führen – Kapital also, das andernorts fehlt. „Das fehlende Glied beim Aufbau

einer weitgehend CO₂-freien Zukunft ist ein Finanzsystem, das dies ermöglicht“, sagt der Umweltaktivist Jeremy Leggett, einer der Direktoren der Carbon Tracker Initiative. Die Angst vor einer Blase könne da nur hilfreich sein.

INFO

KEIN GELD FÜR US-KOHL E

Die umstrittenste Form der Kohleförderung ist das sogenannte Mountain Top Removal Mining. Dabei werden Bergspitzen weggesprengt, um an die darunterliegende Kohle zu gelangen. In den USA ist dies legal und ein gutes Geschäft. Doch die beteiligten Minenkonzerne haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Aktivitäten zu finanzieren. Mittlerweile weigern sich sieben internationale Großbanken, Kredite an die beteiligten Kohleproduzenten zu vergeben, darunter

die Schweizer Credit Suisse. Noch finden die Kohleproduzenten genug andere Banken, die ihnen gerne Geld leihen. Rebecca Tarbotton von der Umweltorganisation Rainforest Action Network freut sich trotzdem über den Boykott durch die Großbanken: „Sie senden ein klares Signal, dass die Kohleproduzenten ein hohes Risiko darstellen und dass andere Banken besser vorsichtig sein sollten.“ Dies verteuert die Kapitalkosten der Konzerne, schmälert deren Gewinn und reduziert ihren Börsenwert. *mih*